



Bezirksversammlungs-Präsident Christoph Mallok (vorn) bei seiner Rede. Er sieht die öffentliche Diskussion durch unsere Zeitung angefacht.

Bergedorf (upb). Die Politiker aller Fraktionen sind sich einig: Bergedorf braucht ein Mahnmal für die Leiden der Zwangsarbeiter. Und zwar neben dem CCB-Fachmarktzentrum. Und auch in Form des grauen Beton-Klotzes, der seit Tagen so heftig auf unserer Homepage diskutiert wird. Das ist eines der Ergebnisse der Aktuellen Stunde in der Bezirksversammlung gestern Abend. Das andere ist weniger schön: In der Vorbereitung ist fast alles schief gelaufen. Weder wurde den Bürgern vermittelt, warum die 17 000 Euro gut angelegt sind, noch darf das Geld bisher überhaupt ausgegeben werden. ► S. 13

Mahnmal: Suche nach Schuldigem

AKTUELLE STUNDE zeigt Planungsfehler

Von Ulf-Peter Busse

Bergedorf. Eigentlich ist nichts klar – außer dem guten Willen der Bergedorfer Politik: Das geplante Zwangsarbeiter-Mahnmal am Schleusengraben soll kommen. Aber weder die Finanzierung der 17 000 Euro steht, noch gibt es bisher einen Vertrag mit dem Künstler. Das wurde gestern in der Aktuellen Stunde der Bezirksversammlung klar.

Schlimmer noch: Auch die Schulen fühlen sich vor den Kopf gestoßen, weil ihnen in der Ausschreibung vom Herbst 2011 eigentlich die Realisierung der prämierten Schüler-Idee versprochen war. Nun hat der renommierte Bildhauer Jan de Weryha aber aus dem eher filigranen „Mensch in der Schraubzwinge“ den monumentalen Betonklotz mit Sechschlitz gemacht. Und genau das macht die Fraktion von FDP/Piraten wütend: „Wir hatten in der Bezirksversammlung im vergangenen August einstimmig über aller Parteigrenzen hinweg beschlossen, Angebote für die Realisierung einzuholen, also die Sache auszu-schreiben“, stellte Ernst Moh-nike fest. „Ich fordere, genau das auch zu machen.“

Dem möchte auch Bezirks-versammlungs-Präsident Christoph Mallok (SPD) nicht widersprechen. Aber gewürzt mit heftiger Schelte in Richtung der Berichterstattung unserer Zeitung: „Diese Artikel waren es erst, die die Diskussi-

on so sehr polarisiert haben, dass es sogar zu persönlichen Beschimpfungen kam.“

Für Jan Penz (Piraten) liegt der Grund dagegen „am undurchsichtigen Verfahren, mit dem wir zu diesem Mahnmal kommen wollen. Die Menschen begreifen einfach nicht, warum das 17 000 Euro kosten soll. Wir sind es, die das nicht vermitteln konnten.“

Wie das Problem gelöst werden kann, soll nun ein kleiner Arbeitskreis ermitteln, der sich um die Vize-Bezirksamtschefin bildet. Angela Braasch-Eggert versprach: „Wir werden einen Plan des weiteren Ablaufs erstellen und für eine haushaltsrechtlich korrekte Umsetzung sorgen.“ Bisher seien einfach zu viele Gruppen und Institutionen am Projekt beteiligt gewesen.

An der Enthüllung während der Woche des Gedenkens im April hatte dennoch niemand der Politiker Zweifel. Auch deshalb, weil sich alle Fraktionen für die Weryhas Entwurf aussprachen. In den Augen von Liesing Lühr (GAL) war deshalb die Aktuelle Stunde auch der falsche Weg, sich mit dem Thema zu befassen: „Was hier heute passiert ist, dient doch nur der politischen Selbstdarstellung. Dabei brauchen wir konstruktive Gespräche. Denn wenn wir ehrlich sind, ist allen doch erst durch die Zeitungslektüre der vergangenen Tage deutlich geworden, dass mit dem Mahnmal schon seit Monaten etwas schief läuft.“